

60 Jahre Kriegsende - Vertreibung als Teil deutscher Identität

vom Mai 2005 Aus unterschiedlichen Perspektiven blickt Europa seit Monaten 60 Jahre zurück. Im Mittelpunkt steht das offizielle Kriegsende am 8. Mai 1945 mit dem Grauen davor und auch danach. Theodor Heuss, der erste deutsche Bundespräsident formulierte sehr treffend: „Erlöst und vernichtet in einem.“ Dieser Satz trifft am ehesten die Vielschichtigkeit. Mit Ende dieses mörderischen Zweiten Weltkrieges atmeten nicht nur die Menschen in unseren Nachbarländern auf, sondern auch für Deutsche war es die Erlösung von allgegenwärtiger Angst um Brüder, Väter oder Söhne im Krieg, Angst vor Bombardements, Angst vor den feindlichen Truppen, Angst vor Bespitzelung und Denunziation. Das Grauen der nationalsozialistischen Diktatur, für das Auschwitz zum Synonym wurde, fand ein Ende. Damit aber waren Unmenschlichkeit und Grausamkeit an Schuldlosen noch immer nicht aus Europa verbannt. Der russische Schriftsteller und Humanist Lew Kopelew bewertete aus seiner russischen Perspektive den 8. Mai mit dem Kriegsende als zweischneidig. Er begründete sehr rational: „Einerseits bedeutete er auch für uns die Erlösung von allen Kriegsnot und -gefahren, mit denen das Hitlerreich die Menschen bedroht hatte, andererseits aber wurde er zum Triumph eines anderen unmenschlichen totalitären Reichs, das eigene und benachbarte Völker brutal unterdrückte.... Nun behauptete sich die sozialistische Sowjetunion ohne überflüssige Dekoration als eine imperiale, bürokratisch-polizeiliche staatskapitalistische Macht. Der Weltkrieg wurde fortgesetzt mit anderen Mitteln, als Kalter Krieg in Europa.“ Kopelew sah, dass der „wohlverdiente Rattentod Hitlers“ den westlichen europäischen Völkern wohl Erlösung brachte, dass aber „der unverdiente, mit 30 Millionen Menschenleben bezahlte Triumph Stalins“ die Welt mit neuen tödlichen Gefahren überzogen hatte, der neue unsagbare Leiden und Verderben für die Länder in Ost- und Mitteleuropa brachte. Deutschland war von beidem betroffen. Der westliche Teil konnte sich sehr bald als befreit fühlen. Mittel- und Ostdeutschland aber gerieten unter die kommunistische Knute. Stalins harte Faust lag über halb Europa und raffte Millionen Menschen vieler Völker dahin und in diesem Machtbereich geschah etwas in seiner Dimension bis dahin Ungekanntes, was die katholischen Bischöfe der USA am 17. November 1946 in einem gemeinsamen Hirtenbrief unmissverständlich geißelten. „In Europa ist etwas geschehen, was die Geschichte bis dahin noch nicht kannte. Auf Grund eines Abkommens zwischen den Siegerstaaten wurden Millionen von deutschen Menschen, die seit Jahrhunderten in Osteuropa ansässig waren, von ihrer Heimatscholle vertrieben und mittellos in das Herz Deutschlands gestoßen. Die Leiden dieser Menschen ... erzählen uns eine traurige Geschichte von der Unmenschlichkeit solcher Vertreibung.“ Die Initiative zur Vertreibung ging insbesondere von Polen und der Tschechoslowakei aus. Stalin war ihr Mentor. Die Alliierten segneten in Potsdam diese Wünsche ab. „Human“ sollte die Vertreibung geschehen, wurde in der Potsdamer Konferenz protokolliert. Keine Rede war davon in der Praxis: Zwangsarbeit, Lagerhaft und Folter gingen der eigentlichen Vertreibung massenhaft voraus. Mord und Vergewaltigung waren an der Tagesordnung. Nicht wenige Konzentrationslager wurden von den neuen Herren sofort weiter verwendet. Theresienstadt und andere Konzentrationslager waren auch nach Hitler grausam und tödlich. Von den Ursachen her war dies auch eine Folge der NS-Diktatur. Im Ergebnis aber waren diese Menschenrechtsverletzungen gleichermaßen unentschuldig. Ein Historikerstreit darüber ist müßig. Es reicht, die Zeitzeugen zu hören. Jeder forsche Satz von „gerechter“ Strafe für die Verbrechen Hitlers bleibt dann im Halse stecken. Im jugoslawischen Vernichtungslager Gakowo kamen innerhalb weniger Monate 8.500 Donauschwaben zu Tode. Ab Mai 1947 betreute Kaplan Paul Pfuhl die Sterbenden. In seinen späteren Berichten darüber ist unter anderem zu lesen: „Diese Häuser waren Stätten des Grauens. Wie oft habe ich Beichte gehört und die letzte Ölung gespendet. Ein Fall steht mir noch ganz lebendig vor Augen. Da lag eine Frau im Hausgang, ich fragte sie, ob sie nicht beichten wolle. Schroff wies sie mich ab. Sie hätte nichts zu beichten. Als ich ihr zuredete, dass wir doch alle Sünden hätten und die Verzeihung Gottes brauchten, kann es hart über ihre Lippen: Mir hat Gott nichts zu verzeihen, höchstens habe ich ihm zu verzeihen.“ Für die meisten Deutschen Vertreibungs-, Deportations- und Lageropfer aber war Gott oft die einzige Zuflucht, ja der Rettungsanker in ihrem fast unerträglichen Leben, in ihrem entwurzelten Dasein. Über viele Jahre hinweg, bis fast in die fünfziger Jahre, gab es keine Fragen nach individueller Schuld oder Verantwortung. Es reichte aus, deutscher Volksangehöriger zu sein, ob Säugling oder Greis, Mann oder Frau. Alle wurden in eine unmenschliche Kollektivhaftung genommen, wenn sie nicht das Glück hatten, in West- oder Mitteleuropa ihre Heimat zu haben. Bis zum Jahre 1950 fanden acht Millionen Heimatvertriebene und Flüchtlinge in den westlichen Besatzungszonen Aufnahme. Vier Millionen in Mitteleuropa. Die Eingliederung so vieler seelisch und teils auch körperlich verwundeter und erschöpfter Menschen schien nach 1945 schier unmöglich. Das Land lag in Trümmern. Ein fünf Jahre währendes Bombardement hatte mehr als tausend Städte und Ortschaften überwiegend dem Erdboden gleichgemacht. Aus den öden Fensterhöhlen schaute das Grauen. Zu den obdachlosen, verarmten und hungernden Einheimischen strömten schon ab 1944 Millionen und Abermillionen deutsche Flüchtlinge und Vertriebene aus ganz Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Sie kamen aus den baltischen Ländern, aus Rumänien, Jugoslawien, Ungarn, Polen, der Sowjetunion und der Tschechoslowakei, aus den Ländern, in denen sie seit Jahrhunderten siedelten. Einige aus den Gebieten, in die sie von Hitler umgesiedelt worden waren. Und sie kamen aus dem Osten Deutschlands, der heute zu Polen und Russland gehört. Ohne jede Habe, heimatlos, verzweifelt, aber mit der trügerischen Hoffnung im Herzen auf Rückkehr. Wie sollte, wie konnte dieses kumulierte menschliche Elend zu einer stabilen Demokratie führen? Das war völlig unvorstellbar. Stalin hatte gehofft, dass die Millionen Vertriebenen das ohnehin daniederliegende Deutschland destabilisieren würden und auch Westdeutschland unweigerlich in die Arme des Kommunismus treiben würde. Konrad Adenauer, der erste deutsche Bundeskanzler, war sich dessen bewusst. Zu Beginn seiner Kanzlerschaft 1949 stellte er fest: „Ehe es nicht gelingt, den Treibsand der Millionen von Flüchtlingen durch ausreichenden Wohnungsbau und Schaffung entsprechender Arbeitsmöglichkeiten in festen Grund zu verwandeln, ist eine stabile innere Ordnung in Deutschland nicht gewährleistet“. In der Aufnahme und Eingliederung dieser riesigen Menschenmasse sah er eines der drängendsten Probleme der jungen westdeutschen Demokratie. Eines der ersten überhaupt vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Gesetze war deshalb das Soforthilfegesetz vom September 1949. Von Gewicht war auch das Lastenausgleichsgesetz von 1952. Mit dem Bundes-Vertriebenen- und Flüchtlingsgesetz vom 19. Mai 1953 war die so

genannte Kriegsfolgengesetzgebung vorläufig abgeschlossen. Dieses Gesetz geht über die sozialen Aspekte weit hinaus. Es hatte und hat den Sinn, den Deutschen aus dem Osten einen angemessenen Platz in der hier heimischen Gesellschaft zu gewährleisten. Der wirtschaftlichen Eingliederung zu Beginn der 50er Jahre und der ersten Sicherung wenigstens elementarster Grundbedürfnisse sollte nun die gesellschaftliche Eingliederung folgen. Integration, nicht Assimilation war und ist das Ziel dieses Gesetzes. Das sind die ideellen Grundgedanken von Eingliederungspolitik, die den Vertriebenen nicht mit bloßer Caritas, sondern mit Solidarität und Gleichberechtigung begegnen will. Den grausamen Kriegs- und Nachkriegsverlusten Deutschlands stehen auf der anderen Seite unschätzbare Gewinne der Aufnahmegesellschaft gegenüber, auch wenn diese das zunächst überhaupt nicht so gesehen hat: Das unsichtbare Fluchtgepäck der Vertriebenen, ihr technisches, handwerkliches oder akademisches know how, ihre sieben-, achthundertjährige kulturelle Erfahrung im Neben- und Miteinander mit ihren slawischen, madjarischen, baltischen oder rumänischen Nachbarn hat Deutschland nachhaltig geprägt - Erfahrungen, die in Verbindung mit vielfacher Mehrsprachigkeit in keinem anderen westlichen Industriestaat so verdichtet sind wie in Deutschland! Die Heimatvertriebenen haben interkulturelle Kompetenz mitgebracht. Und sie haben als unsichtbares Fluchtgepäck ihre kulturelle Identität eingebracht. Nichts, was sofort sichtbar gewesen wäre, sondern das, was in Kopf und Herzen mitgetragen wurde aus der Heimat hierher. Das Kulturgut der Vertriebenen ist unverzichtbarer Teil der Identität des ganzen deutschen Volkes. Das Erbe der Karlsuniversität in Prag hat unser Volk genauso geprägt wie das der Universitäten Königsberg, Breslau, Dorpat, Czernowitz oder Heidelberg, Tübingen, Marburg, München, Leipzig oder Berlin. Das zu ignorieren hieße, geistige Wurzeln kappen. So war es weise, dass die junge Bundesrepublik Deutschland die Verantwortung für das gesamte kulturelle Erbe unabhängig von Grenzen und von staatlicher Zugehörigkeit hervorhob. „Bund und Länder haben das Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewusstsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten, Archive, Museen und Bibliotheken zu sichern, zu ergänzen und auszuwerten, sowie Einrichtungen des Kunstschaffens und der Ausbildung sicherzustellen und zu fördern. Sie haben Wissenschaft und Forschung bei der Erfüllung der Aufgaben, die sich aus der Vertreibung und der Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge ergeben, sowie die Weiterentwicklung der Kulturleistungen der Vertriebenen und Flüchtlinge zu fördern". Dieser gesetzliche Auftrag ist geboren aus der Erkenntnis, dass es ein gemeinsames kulturelles Fundament gibt. Hier liegt heute manches im Argen und im Bewusstsein der Menschen ist es nicht. Die schönsten Seiten unseres Vaterlandes sind in seinem kulturellen Reichtum mit vielen unterschiedlichen Facetten zu finden. In schöpferischem Geist erwachsen über die Jahrhunderte Musik, Literatur, Philosophie, Baukunst und Malerei. Und herausragende Köpfe hatten ihre Heimat in den Vertreibungsgebieten. Namen wie Immanuel Kant, Käthe Kollwitz, Arthur Schopenhauer oder Adalbert Stifter sind einige Beispiele dafür. Heute, 60 Jahre nach Beginn der gezielten Massenvertreibungen kann man von einer alles in allem gelungenen Eingliederung von weit über zwölf Millionen Vertriebenen und vier Millionen Aussiedlern in die deutsche Gesellschaft sprechen. Vieles, was in den 50er Jahren noch dringend und drängend war, ist es eben heute nicht mehr - dank der Eingliederungsleistung, die die Vertriebenen, die Aussiedler und die Einheimischen gemeinsam erbracht haben. Diese großartige Gemeinschaftsleistung war und ist nahezu ein Wunder. Erst daraus konnte Frieden und Wohlstand in Deutschland und Europa erwachsen. Der französische Politikwissenschaftler Alfred Grosser hat die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge als die größte sozial- und wirtschaftspolitische Aufgabe bezeichnet, die von der Bundesrepublik gemeistert worden sei. Dem kann man nur zustimmen. Dennoch wird in der Darstellung der Nachkriegsgeschichte Deutschlands diese grandiose Leistung praktisch nicht benannt, sondern überwiegend ignoriert. Warum aber konnte diese Herkulesaufgabe gelingen? Die Aufnahme einer solch großen Zahl von Menschen in so kurzer Zeit hätte schon ein intaktes Staatswesen vor kaum lösbare Probleme gestellt. Zweierlei hat dazu beigetragen. Der erste Grund: Die Heimatvertriebenen haben nicht Rachegeanken kultiviert, sondern immer und immer wieder manifestiert, dass sie Versöhnung wollen mit den Staaten und den Menschen, die sie vertrieben haben. Und in der schon legendären Charta von 1950 zudem artikuliert: „Wir werden durch harte, unermüdliche Arbeit teilnehmen am Wiederaufbau Deutschlands und Europas". Aber auch in der DDR haben die Vertriebenen unter ganz anderen, viel schwierigeren Bedingungen ihren Beitrag zum Aufbau geleistet. Obwohl sie sich nicht zusammenschließen durften, keine Not- und Trostgemeinschaften bilden konnten wie die Vertriebenen im Westen Deutschlands. Der zweite Grund, warum unsere Demokratie eine Chance hatte, zu wachsen und stabil zu werden: Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland unterstützten über zwei Jahrzehnte einmütig die Anliegen der Vertriebenen und waren sich ihrer Verantwortung sehr bewusst. Nicht nur Bundeskanzler Adenauer, sondern auch der Fraktionsvorsitzende der sozialdemokratischen Opposition, Kurt Schumacher, und Erich Ollenhauer als Parteivorsitzender standen an der Seite der Heimatvertriebenen und mit ihnen der freidemokratische Bundespräsident Theodor Heuss. Doch Ende der 60-er Jahre wandelte sich das Klima. Es kam zu einem Prozess der Entsolidarisierung großer Teile der politischen Klasse, insbesondere der politisch links Stehenden gegenüber den Vertriebenen. Ein Mantel des Schweigens und Verschweigens begann sich über Deutschland zu legen, durchbrochen durch verbale Attacken auf Vertriebene. Selbstkritisch stellte Bundesinnenminister Otto Schily 1999 in seiner Rede im Berliner Dom fest: „Die politische Linke hat in der Vergangenheit, das lässt sich leider nicht bestreiten, zeitweise über die Vertreibungsverbrechen, über das millionenfache Leid, das den Vertriebenen zugefügt wurde, hinweggesehen, sei es aus Desinteresse, sei es aus Ängstlichkeit vor dem Vorwurf, als Revanchist gescholten zu werden, oder sei es in dem Irrglauben, durch Verschweigen und Verdrängen eher den Weg zu einem Ausgleich mit unseren Nachbarn im Osten zu erreichen. Dieses Verhalten war Ausdruck von Mutlosigkeit und Zaghaftigkeit. Inzwischen wissen wir, dass wir nur dann, wenn wir den Mut zu einer klaren Sprache aufbringen und der Wahrheit ins Gesicht sehen, die Grundlage für ein gutes und friedliches Miteinander finden können". Auch wenn bis heute noch nicht jeder davon zu überzeugen war, so gibt es immerhin eine lebendige Diskussion, der sich kein Medium verschließt. Dem objektiven Sachverhalt der völligen gewaltsamen Umformung der beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften durch die Aufnahme soziokulturell, religiös oder dialektal teilweise total von den Aufnahmeregionen unterschiedenen Vertriebenen stand über sehr lange Zeit eine subjektive Wahrnehmungsverweigerung dieser ganz Deutschland und das gesamte

Deutsche Volk betreffenden einschneidenden Katastrophe gegenüber. Das Thema Vertreibung wurde primär als soziales Problem gesehen und nicht als deutsche Identitätsfrage. Nur wenige begriffen bereits in den 50er Jahren, was die Vertreibung und die Aufnahme Millionen ost- und sudeten- und südostdeutscher Heimatvertriebener in West- und dem damaligen Mitteldeutschland bedeutete. Der Soziologe Eugen Lemberg beschrieb schon 1950 den unter tumultuarischen, von Not und Mangel bestimmten Nachkriegsverhältnissen verlaufenden und oft auch konfliktreichen Prozeß als die „Entstehung eines neuen Volkes aus Binnendeutschen und Ostvertriebenen“, also gewissermaßen als intraethnische Ethnomorphose. Niemals seit dem Augsburger Religionsfrieden 1555 oder seit dem Dreißigjährigen Krieg waren die demographischen und konfessionellen Verhältnisse in Deutschland dermaßen umgestürzt worden. Wir sind noch sehr weit entfernt von einer gemeinsamen Erinnerungskultur, die diesen Teil deutscher Geschichte integrativ umfaßt, und erst recht von einer europäischen. Aber alle Facetten unserer Geschichte gehören zur gesamtdeutschen Identität. Im Bewusstsein ist das bis heute nicht.